

# Antisemitismus im Parlament. Einblicke in die Debatten aus Reichstag und Badischem Landtag

Ann-Kathrin Hinz

*„Man hat diese polnischen Elemente entwurzelt und will sie nun hindern, an anderer Stelle Wurzeln zu fassen. Außerdem ist ja die Pogromstimmung im Osten hinreichend bekannt. Man bringt all diese Männer und Frauen, die man aus Deutschland wieder hinaustreiben will, in die äußerste Not [...]. Denken wir doch einmal daran, daß viele Ostjuden in Deutschland ein Asyl gesucht und teilweise gefunden haben; [... und dass] es sich bei den Ostjuden um die Ärmsten der Armen handelt, die Sie rücksichtslos ins Unglück stürzen wollen!“<sup>1</sup>*

Mit diesem Plädoyer setzte sich der jüdische Reichstagsabgeordnete der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), Kurt Rosenfeld (1877-1943), im Zuge einer Reichstagsdebatte für jüdische Geflüchtete aus dem Osten ein, Menschen, deren Flucht nach Deutschland nicht nur auf gesellschaftlicher, sondern auch auf politischer Ebene für teils heftige Diskussionen sorgte. Letzteren, im Rahmen parlamentarischer Debatten und den dort geäußerten Sichtweisen auf die geflüchteten Juden aus der osteuropäischen Staatenwelt, widmet sich dieser Artikel. Im Rahmen einer historischen Analyse sollten dabei nicht nur die eigentlichen Redebeiträge, sondern auch Kommentare, Zwischenrufe und Solidaritätsbekundungen im Rahmen der Parlamentsdebatten Beachtung finden.

<sup>2</sup>Zur Verdeutlichung der politischen Stimmungslage sollen die verschiedenen im Weimarer Reichstag sowie im Badischen Landtag vertretenen Positionen einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Ein paralleler Blick auf beide Parlamente lohnt allein schon deshalb, da so die These von der badischen „Liberalität“ anhand der Aussagen politischer Akteure überprüft werden kann: Welche Bilder von „Ostjuden“ wurden in den Parlamentsdebatten gezeichnet? Welche Ziele verfolgten die einzelnen Parteien? Und wie lässt sich die badische Politik im Verhältnis zur reichsdeutschen einordnen?

In Auseinandersetzung mit dem Wirken des jüdischen Politikers Ludwig Marum, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und von 1919-

- 1 Rosenfeld, Kurt: Verhandlungen des Reichstages, 17. Sitzung, 3.8.1920, S. 626 A; C.
- 2 Vgl. Wein, Susanne: Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 2014, S. 101–137; 177–181.

1928 deren Fraktionsvorsitzender, soll die antisemitische Entwicklung innerhalb des badischen Landtags sowie dessen Positionierung zum zunehmenden Antisemitismus und zur Frage der „Ostjuden“ in der Gesellschaft zusätzlich verdeutlicht werden. Marum gilt als Verfechter der Republik, der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe und als einer der wenigen Parlamentarier, die beständig und offen gegen jegliche Form des Antisemitismus eintraten. Die Frage nach Marums Engagement, den Reaktionen auf sein Handeln, sowie die Auswirkungen seiner Reden zeigen beispielhaft das Spektrum antisemitischen Denkens im Parlament und die Formen des Widerstands dagegen auf.

Während Susanne Weins Studie „Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik“ aus dem Jahr 2014 einen guten Überblick zum Thema für die Weimarer Republik liefert, so finden sich in der Forschung bezüglich einzelner Länderparlamente bisher keine nennenswerten Publikationen.<sup>3</sup> Das Leben und Werk Ludwig Marums ist durch Monika Pohls Dissertation „Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Weg in der badischen Arbeiterbewegung“ hinreichend erforscht.<sup>4</sup>

### Positionierungen in der Parteienlandschaft der Weimarer Republik

Versucht man die oben genannten Fragestellungen anhand der Reichstagsprotokolle zu beantworten, zeigt sich zunächst, dass es vor allem in der ersten Wahlperiode (1919–1924) die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) war die das Thema „Ostjuden“ immer wieder zur Sprache brachte und in die Debatte einbringen wollte.<sup>5</sup> Jedoch nicht, um Partei für die osteuropäischen Migranten zu ergreifen, sondern um aufzuzeigen, dass gegen diese vorgegangen werden müsse. Ebenso wie bei der deutschvölkisch/nationalsozialistischen Fraktion kann man auch bei den Debattenbeiträgen der DNVP von ideologischem Antisemitismus sprechen. Die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutsche Demokratische Partei (DDP) griffen ebenfalls auf den klischeehaften Topos des „Ostjuden“<sup>6</sup> oder der „lästigen Ausländer“<sup>7</sup> zurück. Die Ausrichtungen der DVP-Mitglieder waren ambivalenter Natur. Zwar wurde die Migration aus dem Osten als soziales und humanitäres Problem wahrgenommen, jedoch wollte man sich der Not aber erst

3 Wein: Antisemitismus im Reichstag.

4 Pohl, Monika: Ludwig Marum (1882–1934). Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Weg in der badischen Arbeiterbewegung, Heidelberg 2000.

5 Die Protokolle des Reichstags und seiner Vorläufer liegen in den Bänden „Verhandlungen des Reichstages / Stenographische Berichte“ vollständig vor und sind für die Jahre 1867–1942 digitalisiert und online frei zugänglich. <http://www.reichstagsprotokolle.de/index.html> (15.9.2016).

6 Warmuth, Fritz: Verhandlungen des Reichstages, 306. Sitzung 23.2.1923, S. 9870 A–B.

7 Korell, Adolf: Verhandlungen des Reichstages, 17. Sitzung 3.8.1920, S. 634 B.

annehmen, nachdem man die eigenen Probleme bewältigt hatte. Auch in der DDP differenzierte man zwischen „guten deutschen Juden“ und „Ostjuden“. Erstere, so die Meinung, fügten sich nahtlos in die Gesellschaft ein, ohne dieser auf irgendeine Weise zur Last zu fallen. Insgesamt stand die Partei jeder Gruppe von Einwanderern kritisch gegenüber, die sich negativ auf die wirtschaftliche Lage der Republik hätten auswirken können.

Die Deutsche Zentrumspartei mit ihrer meist neutralen, aber von religiösen Werten geprägten, Haltung kann tendenziell eher den pro-ostjüdisch ausgerichteten Parteien zugeordnet werden.<sup>8</sup> Zu diesen zählten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).<sup>9</sup> Jüdische Bürger waren vor allem in der SPD vertreten. Für die KPD stand insgesamt der Klassenkampf im Vordergrund ihrer Politik.<sup>10</sup> Diese grobe Einordnung der Parteien soll nun mittels ausgewählter Ausschnitte aus Parlamentsdebatten in denen über die sogenannten „Ostjuden“ oder Ausländerpolitik debattiert wurde näher betrachtet werden, um eventuelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten in regionaler und überregionaler Politik aufzuzeigen.

### Das „Ostjudenbild“ im Reichstag

Im Reichstag entspann sich schon innerhalb der ersten Wahlperiode eine rege Debatte um die „Ostjudenfrage“. So wurde am 2. August 1920 durch einen Formfehler folgende Resolution ohne vorherige Debatte in einer Sammelabstimmung angenommen<sup>11</sup>:

*„[...] Resolution, in der die Reichsregierung ersucht wird: a) In geeignet erscheinender Weise darauf hinzuwirken, daß der Masseneinwanderung fremdstämmiger Elemente, insbesondere über die Ostgrenze, gewehrt werde, b) In geeignet erscheinender Weise darauf hinzuwirken, daß fremdstämmige Elemente, soweit sie sich als lästig erweisen, über die Grenze, sofern angängig, zurückgebracht und erforderlichenfalls inzwischen interniert werden.“<sup>12</sup>*

- 8 Dies zeigt sich auch in den Reaktionen der Parteimitglieder bei entsprechenden Redebeiträgen. Vgl. bspw. Verhandlungen des Reichstages, 201. Sitzung 3.4.1922, S. 6820 B–D; 267. Sitzung 15.11.1922, S. 8991; 306. Sitzung 23.2.1923, S. 9864.
- 9 Sollmann, Wilhelm: Verhandlungen des Reichstages, 298. Sitzung 12.2.1923, S. 9616 A/306. Sitzung 23.2.1923, S. 9872 B–C; Krätzig, Hermann: 306. Sitzung 23.2.1923, S. 9858 C/D.
- 10 Bartz, Wilhelm: Verhandlungen des Reichstages, 306. Sitzung 23.2.1923, S. 9864 D–9865 A/B. 9867 C.
- 11 Verhandlungen des Reichstages, 17. Sitzung 3.8.1920, S. 633 A–B.
- 12 Rosenfeld, Kurt: Verhandlungen des Reichstages, 17. Sitzung 3.8.1920, S. 625 C.



Gedächtnisfeier zu Ehren Walter Rathenaus im Juni 1923, Personen v.l.n.r. Gerhard Hauptmann, Außenminister Frederic von Rosenberg, Margarete Hauptmann, Reichsarbeiterminister Heinrich Brauns, Staatssekretär Adolf Georg von Maltzan, BArch Bild 102-00098

Obwohl unter anderem der USPD Abgeordnete Kurt Rosenfeld zu dieser Resolution einen Redebeitrag angemeldet hatte, wurde der Aufruf überhört. Konsequenz war die Annahme der Resolution ohne vorhergehende Debatte. Daraufhin entspann sich am darauffolgenden Tag ausgehend von Dr. Rosenfeld, der trotz der Tatsache, dass die Abstimmung nicht rückgängig zu machen war, zu diesem Thema nicht schweigen wollte, eine Debatte bezüglich der „Ostjudenfrage“, mittels derer die unterschiedlichen Positionierungen innerhalb der Weimarer Parteienlandschaft exemplarisch nachgezeichnet werden können.

Vor allem seitens der SPD wurde stellvertretend durch Rosenfeld Kritik auf verschiedenen Ebenen laut. So argumentierte dieser unter anderem auf politisch-demokratischer Ebene, indem er eine mit der Resolution einhergehende Handlungswillkür des Staates anprangerte:

*„[...] [Des Weiteren] möchte ich ganz besonders darauf aufmerksam machen, daß sie mit der Zustimmung zu dem Antrage, die sie im Ausschuß ausgesprochen haben, der Internierung fremdstämmiger Elemente schon dann zustimmen, wenn sie sich lästig gemacht haben. Das Wort ‚lästig‘ ist eine Kautschukbeschimpfung schlimmster Art. [...] Der Begriff der Lästigkeit läßt [...] zu, jeden auszuweisen, den man aus irgendeinem Grunde nicht hierbehalten will.“<sup>13</sup>*

13 Ebd., S. 627 D.



Reichtagssitzung 1928, BArch Bild 102-06066

Als bekennender Angehöriger des jüdischen Glaubens appellierte er daran anknüpfend für Empathie gegenüber den unter extremsten Bedingungen<sup>14</sup> zur Flucht genötigten osteuropäischen Juden:

*„Denken wir doch einmal daran, daß viele Ostjuden in Deutschland ein Asyl gesucht und teilweise auch gefunden haben; [...] daß ein Großteil der polnischen Juden gar nicht die Absicht hat, hier in Deutschland zu bleiben. [...] wir sind der Auffassung, daß es auch eine große Übertreibung bedeutet, wenn man auf die in Deutschland befindlichen Juden hinweist und meint, daß ihre Zahl so groß sei, daß Maßnahmen gegen sie notwendig seien.“<sup>15</sup>*

Er argumentierte hierbei vor allem gegen die Angst vieler, die Ostjuden hätten die Absicht, sich dauerhaft in der Weimarer Republik anzusiedeln und würden dadurch die vorhandene soziale Not, die durch Wohnungs-, Arbeits- und Nah-

14 U.a. Verfolgung und Pogrome. Vgl. Verhandlungen des Reichstages, 17. Sitzung 3.8.1920, S. 625f. Siehe dazu auch den Artikel von Malte Rehren in diesem Band.

15 Rosenfeld, Kurt: Verhandlungen des Reichstages, 17. Sitzung 3.8.1920, S. 625 A–B.

rungsmangel in der Nachkriegszeit hervorgerufen worden war, noch verschlimmern.

Zu Beginn der Weimarer Republik bewegte sich die Debatte um die „Ostjuden“ primär auf Ebene eines politischen Antisemitismus, der scheinbar pragmatisch mittels der eigenen Notsituation gegen die Aufnahme von Flüchtlingen argumentierte und damit einhergehend das Stereotyp des „schmarotzenden Ostjuden“ entwarf. Der DNVP Politiker Reinhard Mumm<sup>16</sup>, dessen Partei hauptsächlich dafür verantwortlich war, dass die Frage um die Ostjuden innerhalb der Parlamentsdebatten nicht in Vergessenheit geriet, äußerte sich, direkt auf Rosenberg reagierend, folgendermaßen:

*„Wenn es sich darum handelt, allgemeine Menschenliebe zu üben, [...] habe (ich) während des Krieges, als im Osten [...] solche Ostjuden zu unrecht behandelt wurden, mich persönlich für dieselben eingesetzt [...]. (Nun) scheint es mir die erste und größte christlich-sittliche Verpflichtung zu sein, einzutreten für mein armes zertretenes Volk. (Lebhafter Beifall rechts. – Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten)“<sup>17</sup>*

Beiträge dieser Art waren unter den antisemitisch ausgerichteten Parlamentariern zwar verbreitet, stießen vereinzelt aber auf Protest, der nicht ausschließlich von jüdischen Politikern ausging und auch nicht nur in der Anfangsphase der Weimarer Republik laut wurde, wie beispielsweise ein Beitrag des SPD-Abgeordneten Friedrich W. Sollmann aus dem Jahr 1923 belegt, in dem er Bedenken bezüglich eines Gesetzes zur verschärften Passkontrolle äußert:

*„[...] Große Bedenken haben wir gegen den Art. IV, der den Paß- und Sichtvermerkszwang einführen will. (Sehr wahr! links.) In dieser Bestimmung liegt ein Kampfmittel sehr zweischneidiger Natur; es kommt dabei ganz darauf an, wer das Kampfmittel anwendet und wer davon betroffen wird. (Erneute Zustimmung links.) Wir fürchten, daß diese Bestimmung in vielen Gegenden Deutschlands nur einseitig gegen bestimmte politisch mißliebige Personen als Kampfmittel angewendet werden wird. (Sehr richtig! links. - Zuruf.) [...] Wir haben auf diesem Gebiete einige Erfahrungen aus früheren Zeiten und wissen, wie die ausführenden Organe einzuschreiten in der Lage sind. [...] (Zustimmung links.) [...] Wir sind aus kulturellen, aus rein menschlichen, aber auch aus wohlwollenen politischen Gründen gegen jede Art der Fremdenverfolgung.“<sup>18</sup>*

16 Mumm war studierter Theologe, weshalb er sich mit Fragen nach seiner christlichen Nächstenliebe konfrontiert sah: „Jedenfalls weiß ich, daß sie (Ostjuden), solange sie hier bei uns sind, aber auch unter jedem Gesichtswinkel [...] eine erhebliche Gefahr bilden. (Zuruf von den Unabhängigen Sozialdemokraten: Unter dem Gesichtswinkel der christlichen Nächstenliebe!) [...]“ Mumm, Reinhard: Verhandlungen des Reichstages, 17. Sitzung 3.8.1920, S. 631 B.

17 Mumm, Reinhard: Verhandlungen des Reichstages, S.632 D–633 A.

18 Sollmann, Friedrich W.: Verhandlungen des Reichstages, 298. Sitzung 12.2.1923, S. 9616 A.

Sollmann äußert hier Bedenken wegen eines möglichen Missbrauchs des diskutierten Gesetzes, da bereits vor der Zeit der Weimarer Republik durch die Einführung von Passkontrollen vor allem politisch missliebige und finanziell schlechter gestellte Menschen von diesen Maßnahmen betroffen waren.<sup>19</sup> Das Stereotyp des „Ostjuden“ wurde nichtsdestotrotz auf politischer Ebene immer selbstverständlicher. Dies zeigt sich in den Protokollen der Debatten am Rückgang von Protest- und Zwischenrufen bei antisemitischen Äußerungen. Eine Gewöhnung, die auf lange Sicht zu einer weitgehenden Abstumpfung gegenüber antisemitischen Begrifflichkeiten führte und Juden mit „Ostjuden“ gleichsetzte. Die stereotypen Äußerungen wurden immer öfter einfach toleriert. Im Jahr 1923 fanden Beiträge, wie der des DNVP Politikers Wilhelm Bruhn kaum noch Anstoß. Dieser äußerte sich im Rahmen einer Debatte bezüglich der Frage, ob die Beschlagnahmung von durch Ostjuden bewohnten Wohnungen zur Unterbringung deutscher Bürger legitim sei:

*„Mit der Bemerkung, [...] daß [...] eine Ausländerhetze beabsichtigt werde, kommt man der Sache nicht bei. In allen Parteien besteht die Auffassung, daß die Ostjuden ein Krebschaden bei uns sind. (Sehr wahr! Rechts. – Zuruf links.) [...] Die Danziger Klagen, daß sie von solchen Ostjuden überschwemmt werden [...] sind ein Beweis für meine Behauptung. [...] sie wollten mit dabei sein, sie hörten von einem großen Zusammenbruch und wollten ihre Taschen füllen. Das ist ihnen nur zu gut gelungen. (Sehr wahr! Rechts. – Zuruf links.) [...] Tatsache ist jedenfalls, daß eine große Zahl von Juden [...] sich in Deutschland in schädlicher Weise betätigen.“<sup>20</sup>*

Die Bezeichnung der jüdischen Bevölkerungsmitglieder als „Krebschaden“, die in den Anfangsjahren der Weimarer Republik vermutlich noch einen Verweis im Parlament zur Folge gehabt hätte, sowie die schleichende Gleichsetzung von Juden und „Ostjuden“, sorgten für wenig Aufsehen, die jüdischen Bevölkerungsmitglieder wurden zu einer separierten, minderwertigen Klasse degradiert: „Es muß Sorge getragen werden, daß jeder Deutsche, der aus dem besetzten Gebiet kommt, vor jedem Ausländer und erst recht vor jedem Juden bevorzugt wird.“<sup>21</sup> So äußerte sich unter anderem der Reichstagsabgeordnete Reinhard Wulle. Dies tat er nicht nur einmal, wie der folgende Ausschnitt aus einer weiteren seiner Reden gegen die osteuropäischen Juden verdeutlicht:

*„Geben Sie einmal [...] nach dem Berliner Westen, da werden Sie finden, daß Tausende von Ostjuden, (Rufe links: Uh!) die in den letzten Monaten naturalisiert sind, (hört! hört! Bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei) während kein Platz ist für*

19 Marus, Michael R.: Die Unerwünschten. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert, Berlin u.a. 1999, S. 61–105.

20 Bruhn, Wilhelm: Verhandlungen des Reichstages, 306. Sitzung 23.2.1923, S. 9861 B–C.

21 Wulle, Reinhard: Verhandlungen des Reichstages, 302. Sitzung 16.2.1923, S. 9734 D.



*Deutsche [...], in Prunkwohnungen wohnen, über Autos verfügen (lebhaftes Zurufe von links: Wie Sie!) und sobald sie sich vollgesogen haben, wie die Heuschrecken hinüberwandern nach Paris [...] um ihre ergaunerten Gewinne zu verprassen.“<sup>22</sup>*

Auffällig ist auch der Wandel, den das Klischee des „Ostjuden“ seit 1919 vom unzivilisierten, schmutzigen, Krankheiten übertragenden Flüchtling hin zum bewusst dem Staat schadenden, schmarotzenden „Kriegsgewinnler“ vollzogen hatte.<sup>23</sup> Während ersteres noch beinhaltete, sich dem Wohl der „armen Ostjuden“ zumindest potenziell annehmen zu können, so verband man mit letzterem eine natürliche Boshaftigkeit. Dies hatte einen Wahrnehmungswandel zur Folge, der sich von mangelnder Priorität hin zu Verachtung, Geringschätzung und später zum Hass bewegte. Vor allem ab der zweiten Wahlperiode 1924 verfestigte sich dieser Hass mehr und mehr in den Köpfen und etablierte sich als negative Grundstimmung nicht nur gegenüber ostjüdischen Einwanderern, sondern vielmehr gegenüber der „jüdischen Rasse“.<sup>24</sup>

### Ludwig Marum und der Antisemitismus im Badischen Landtag

*„Ich sage Ihnen offen, ich bin stolz darauf, jüdischer Abstammung zu sein, und ich schäme mich dessen gar nicht. Es hat sich kein Jude seiner Abstammung zu schämen, und ich habe vor den Juden, die etwa aus öffentlichen Rücksichten den Glauben wechseln, keinen Respekt.“<sup>25</sup>*

Ludwig Marum, jüdischer Politiker in der badischen SPD, vertrat mit dieser Einstellung eine Ausnahmeposition in der jüdischen Gemeinschaft der Weimarer Republik. Anders als viele seiner Glaubensgenossen, wechselte beziehungsweise verleugnete er nicht seine Konfession, sondern war einer der wenigen, die offen und mit Stolz zu dieser standen und sich darüber hinaus bezüglich der „Ostjudenpolitik“ kritisch äußerten. Dies ist als Teil seiner stark liberalen und republikfreundlichen Gesinnung zu sehen, die er Zeit seines Lebens überzeugt vertrat. Marum ist aus heutiger Perspektive eine interessante und einflussreiche Figur der zeitgenössischen Politik Badens.

Am 5. November 1882 in Frankenthal in der bayerischen Rheinpfalz geboren, wuchs Ludwig Marum ab seinem siebten Lebensjahr, nach dem Tod seines Vaters, im badischen Bruchsal auf. Den Begriff Heimat verband er deshalb mit Ba-

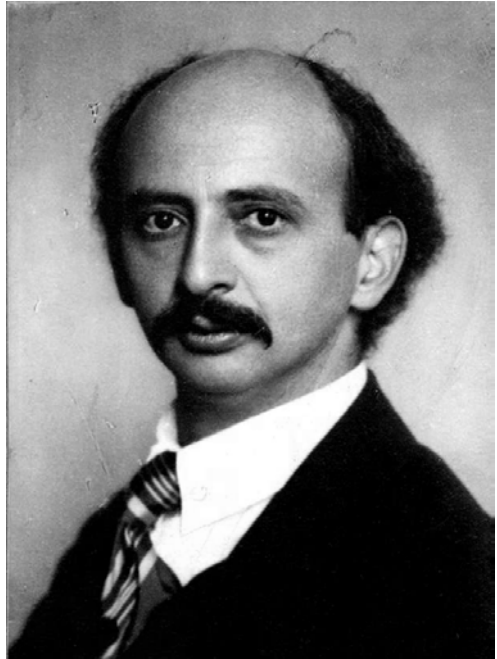
22 Wulle, Reinhard: Verhandlungen des Reichstages, 361. Sitzung 9.6.1923, S. 11258 C–D. Reinhard Wulle war zu diesem Zeitpunkt Politiker der DNVP, später wechselte er zur Deutschvölkischen Partei.

23 Siehe dazu den Artikel von Malte Rehren in diesem Band.

24 Wein: Antisemitismus im Reichstag, S. 381–395.

25 Marum, Ludwig: Badische Landtagsprotokolle, 54. Sitzung 24.6.1920, S. 2682.





Ludwig Marum 1914, GLAK 231 2937 (825)

den. Von 1900 bis 1904 studierte er Jura in Heidelberg. Im Laufe seines Studiums war er Mitglied einer jüdischen Studentenverbindung, der „Badenia“, die gegen Antisemitismus eintrat, einem Phänomen das vor allem in anderen studentischen Verbindungen populär war und mit dem er in seinem Studium häufig konfrontiert wurde.

Nach Erlangung des ersten Staatsexamens gründete er eine Anwaltskanzlei, mit der er seinen Lebensunterhalt bestritt. 1904 trat Marum in die badische SPD ein. Durch seine Besonnenheit und sein Talent zur Schlichtung machte er sich innerhalb der Partei und, durch Freundschaften mit altgedienten Parteimitgliedern, auch in Führungskreisen schnell einen Namen. So war er von 1914 bis 1928 durchgängig Mitglied des Badischen Landtags, in der Vorläufigen Volksregierung Badens bekleidete Marum 1918/19 das Amt des Justizministers. Dabei war er einer von drei Politikern jüdischer Konfession, die in der elfköpfigen Übergangsregierung vertreten waren. Seit der Republikgründung 1919 hatte er außerdem

das Amt des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion inne.<sup>26</sup> Sein politischer Einsatz war ehrenamtlicher Natur und einzig seinem starken politischen Interesse geschuldet: „Ausdruck der Verbundenheit mit Deutschland war das politische Engagement der Familienmitglieder, die sich besonders im Revolutionsjahr 1848/49 für die demokratische Entwicklung ihres Heimatlandes einsetzten. Der Kampf für die Sache des Liberalismus wirkte identitätsstiftend [...] und bestimmte auch die frühe politische Orientierung Marums. Seine später oft bekundete Leidenschaft für die Politik [...] bezog ihre inhaltliche Ausrichtung aus dem politischen Engagement der Vorfahren für Demokratie und Menschenrechte.“<sup>27</sup>

Als Konsequenz dieser fortschrittlichen Politik und des Einstehens für seine Konfession, gehörte Marum auch zu den wenigen, die sich ausdrücklich zur „Ostjuden-debatte“ äußerten, einem Thema das von großen Teilen des badischen Parlaments gemieden beziehungsweise mit Zurückhaltung behandelt wurde. In den Protokollen finden sich nur wenige Bemerkungen, wie die des DNVP-Abgeordneten Wilhelm Karl: „Wir wollen nun gewiss nicht, daß man die Juden mit gewaltsamen Mitteln ausschließt. Die Ostjuden natürlich gehören nicht nur hinaus, sondern überhaupt nicht hinein! (Heiterkeit).“<sup>28</sup>

Dieser kurze Kommentar lässt erkennen, dass auch in Baden die Zuwanderung aus östlichen Ländern als problematisch wahrgenommen wurde. Alles in allem bildet die Äußerung Karls aber eine Ausnahme.

Um diesen Beitrag Karls, der diverse Vorwürfe einer unrechtmäßigen Etablierung jüdischer Dozenten und Assistenten an den deutschen Universitäten beinhaltet und explizit die durch studentische Initiative gescheiterte Berufung eines jüdischen Gelehrten zum Professor und Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe gutheißt, entspann sich am darauffolgenden Tag eine rege Debatte.<sup>29</sup> Innerhalb derer ergriff auch Marum das Wort, wobei er nicht nur auf den konkreten Beitrag Karls einging und dessen Glaubwürdigkeit scharf in Frage stellte, sondern auch den allgemeinen Antisemitismus, den er hinter der Karlsruher Studenteninitiative sah, sowie die „Ostjudenfrage“ zur Sprache brachte.

*„[...] Ein großer Teil der Juden, die jetzt wieder aus dem Osten zu uns kommen, kommen nicht erstmalig nach Deutschland, sondern das sind lediglich deutsche Rückwanderer, [...] die seinerzeit im 15. Jahrhundert bei den Judenverfolgungen in Deutschland vertrieben wurden, sich nach Osten gewandt haben und dort während dieser fünf Jahrhunderte ihr Deutschtum [...] behalten haben. [...] Man kann diesen Menschen gegenüber, die überall einen Fußtritt bekommen, auch nicht so roh und*

26 Pohl, Monika: Ludwig Marum (1882–1934), in: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland, hrsg. v. Reinhold Weber/Ines Mayer, Stuttgart 2005, S. 147–156.

27 Ebd., S. 147.

28 Karl, Wilhelm: Badische Landtagsprotokolle, 53. Sitzung 23.6.1920, S. 2650.

29 Karl stellte in seiner Rede die Behauptung auf, 80% der Professoren und Assistenten seien Juden. Vgl. dazu Badische Landtagsprotokolle, 53. Sitzung 23.6.1920, S. 2649.

*herzlos sein, daß man sagt, ihr habt überhaupt nicht das Recht, irgendwo in Europa zu leben, sucht euch ein Heimatland irgendwo in der Wüste oder hängt euch auf [...] man muss Verständnis für diese Menschen haben, die unter der schlimmsten Verfolgung seinerzeit dorthin ausgewandert sind und lediglich dorthin zurückgekehrt sind, wo sie vor fünf Jahrhunderten schon gewohnt haben. Und damals schon, im 15. Jahrhundert, ist auch für diese Juden Deutschland schon das Vaterland gewesen, und sie dürfen überzeugt sein, daß unter diesen Juden [...] viele sind, die länger in Deutschland wohnen als etwa die Vorfahren des Herrn Abg. Karl [...], der nun das Deutschtum in Erbpacht genommen haben will. [...] Sehr viele von denen, die heute [...] als germanisch gelten, sind durchaus nicht germanisch, sondern sind erst später nach Deutschland eingewandert als manche der Juden, [...] die mit den Römern gekommen sind [...]. Den Rhein entlang [...] hat es jüdische Gemeinden gegeben zur Zeit, als die Römer ihre Kolonien dort angelegt haben, und mit den Römern sind die Juden gekommen: Leuten aber, die solange in Deutschland wohnen, kann man nicht absprechen, daß sie hier Heimatrecht haben.“<sup>30</sup>*

Des Weiteren kritisierte er die antisemitische Haltung weiter Kreise der Gesellschaft und bedauerte die Positionierung der Studentenschaft, die bisher immer auf der richtigen Seite gestanden habe und nun von diesem Muster abweiche.<sup>31</sup> Seine ausführliche Rede vom 24. Juni 1920 abschließend, wendet sich Marum noch einmal stellvertretend an den rechten Flügel des badischen Parlamentes und fordert von diesem eine plausible Erklärung für die dort allgemein vorherrschende antisemitische Grundeinstellung:

*„[...] Warum treten Sie denn so sehr gegen die Juden auf? Sie sind natürlich alle miteinander keine Antisemiten. Ich habe noch nie einen Antisemiten getroffen, der gesagt hat, er sei ein Antisemit. Aber ich habe noch immer, wenn ich einen Antisemiten getroffen habe, gefunden, daß jeder mir erzählt hat, er habe eine ganze Anzahl Bekannter unter den Juden, die durchaus ehrenwerte Leute seien, und nur die anderen seien die Schufte, gegen die man vorgehen müsse. [...]“<sup>32</sup>*

Mit diesem überzeugten Eintreten für die Ostjuden und gegen den Antisemitismus bildete Ludwig Marum eine Ausnahme in der badischen Landespolitik. Das

30 Marum, Ludwig: Badische Landtagsprotokolle, 54. Sitzung 24.6.1920, S. 2683f.

31 „Und darin liegt für mich das Traurige und [...] Beschämende, daß es den Studenten, und zum guten Teil den Dozierenden, die hinter ihnen gestanden sind, nicht darauf angekommen ist, für die Technische Hochschule einen wissenschaftlich tüchtigen Mann zu erlangen, sondern daß sie gesagt haben: Wissenschaft hin, Wissenschaft her - „der Jude muß verbannt werden!“ (Sehr richtig! links). Das ist nicht nur moralisch, sondern auch in geistiger Beziehung eine solche Verwirrung der Weltauffassung [...], daß eigentlich ein vernünftiger Mensch es nicht verstehen kann, wie jemand diesen Standpunkt vertritt (Zuruf vom Zentrum).“ Ebd., S. 2686.

32 Marum, Ludwig: Badische Landtagsprotokolle, 54. Sitzung 24.6.1920, S. 2687.

gleiche gilt, wenn auch aus umgekehrter Perspektive, für die ostjudenfeindlichen Beiträge des Abgeordneten Wilhelm Karl, die im Vergleich zu denen seiner Gesinnungsgenossen auffallend hetzerisch und persönlicher Natur waren, wie die zuvor zitierten Auszüge aus seinen Redebeiträgen belegen.

Die geringe Zahl ostjudenfeindlicher Beiträge in den Protokollen der Landtags-sitzungen, sowie die vergleichsweise sachliche Argumentation sprechen dafür, dass die badische „Ostjudenpolitik“ im Vergleich zu anderen Ländern der Weimarer Republik als gemäßigte bezeichnet werden kann. Beispielhaft hierfür ist die Beschwerde des Abgeordneten A. Wilser (DVP), der 1922 Befürchtungen äußerte, die Badische Regierung gehe nicht ausreichend gegen eine dauerhafte Ansiedelung ostjüdischer Migranten vor:

*„In weiten Kreisen besteht die Befürchtung, daß durch die Behörden dem Zustrom unerwünschter Elemente aus den Oststaaten nicht genügend Hindernisse in den Weg gelegt werden. Tatsächlich befinden sich in Baden eine auffallend große Zahl solcher Einwanderer, von denen anzunehmen ist, daß sie versuchen, durch Einbürgerung sich endgültig festzusetzen. Die Einbürgerung solcher Ausländer würde schon mit Rücksicht auf die gespannte Ernährungs-, Wohnungs- und Wirtschaftslage Badens von der Bevölkerung nicht verstanden werden.“<sup>33</sup>*

Diese Äußerung ist mit der scheinbar sachlichen Begründung durch den in der Weimarer Politik geltenden Grundsatz „[...] daß jeder Deutsche [...] vor jedem Ausländer und erst recht vor jedem Juden bevorzugt wird“<sup>34</sup> politisch salonfähig gemacht, wie es für Beiträge dieser Art im Rahmen des Badischen Landtags charakteristisch ist. Meinungen und Beiträge in der ersten Wahlperiode der Republik konnten zwar antisemitischer Natur sein, allerdings war in der frühen Weimarer Zeit ein politischer Antisemitismus federführend. Kennzeichnend hierfür ist eine prinzipiell nicht negative Haltung gegenüber jüdischen Bürgern, sofern sich diese nahtlos in die Gesellschaft integrierten. Hierbei war oft von „integrierten Juden“ die Sprache.<sup>35</sup> Zum anderen aber wurde der Stereotyp des „schmarotzenden Ostjuden“ weitläufig aufgegriffen. Die Gruppe der Ostjuden wurde dabei ganz selbstverständlich von Bürgern jüdischen Glaubens separiert gesehen und aus scheinbar politisch nachvollziehbaren Gründen abgelehnt.

Egal welcher Art die Motivation war, die Folge war dennoch die Ausgrenzung einer Gruppe, die durch ihre Not den Beistand einer hilfsbereiten Gesellschaft nötig gehabt hätte. Der Abgeordnete Rudolf Freidhof (SPD) vertrat eine derartige Ansicht und äußerte sich 1922 kritisch gegenüber politischem Antisemitismus:

33 Wilser, Adolf: Badische Landtagsprotokolle, 57. Sitzung 12.6.1922, S. 2599.

34 Wulle, Reinhard: Verhandlungen des Reichstages, 302. Sitzung 16.2.1923, S. 9734 D.

35 Vgl. Leutheuffer, Richard: Verhandlungen des Reichstages, 306. Sitzung 23.3.1923, S. 9869 A-9870 D.

„[...]Wenn ich nun aber grundsätzlich zur antisemitischen Agitation eines ausführen will, so wird heute mit der antisemitischen Agitation zweierlei bezweckt: zunächst einmal sucht man für das ungeheuere Elend, die ungeheuere Not, die in breiten Schichten des Volkes besteht und durch die alldeutsche Politik, durch den Krieg und die Nachkriegszeit hervorgerufen ist, Schuldige, und Schuldige findet man gewöhnlich dadurch, daß man sagt: die Juden sind an allem Schuld. Damit will man die große Masse in ihrer Not und in ihrem Elend ablenken von den eigentlichen Unterdrückern, von den eigentlichen Ausbeutern, und man will den Juden alles in die Schuhe schieben. Gleichzeitig will man etwas anderes bezwecken: daß man die Arbeiterschaft konsequent von ihren natürlichen Gegnern ablenken will, daß man den Rassenkampf an Stelle des Klassenkampfes setzen will. Und gegen eine derartige Verschleierung müssen wir unter allen Umständen protestieren und uns dagegen wehren. [...]“<sup>36</sup>

### Baden im Vergleich

Insgesamt lässt sich sagen, dass Baden im Vergleich zu anderen Ländern der Weimarer Republik eine gemäßigtere „Ostjudenpolitik“ betrieb, was zum einen aus der Häufigkeit der Beiträge zum Thema abgeleitet werden kann, zum anderen am gemäßigten Ton, den in Baden selbst die Kritiker der ostjüdischen Migration anschlugen. Des Weiteren bildete Baden insofern eine Ausnahme, als das drei von elf Mitgliedern der Vorläufigen Volksregierung 1918/19 jüdischer Abstammung waren. Diese liberalere Politik Baden zeigt sich neben der parlamentarischen Ebene auch in anderen Bereichen.

Trotzdem waren es bis auf wenige Ausnahmen vor allem Politiker jüdischen Glaubens, die sich aktiv für eine liberale „Ostjudenpolitik“ aussprachen. Dies geschah primär als Antwort auf vorausgegangene antisemitische Reden. Auf lange Sicht ist trotz allem eine Radikalisierung nicht nur gegenüber den Ostjuden erkennbar. Dies ist unter anderem dem Wandel geschuldet, den das Stereotyp „Ostjude“ in den ersten Jahren der Weimarer Republik erfuhr. Aus dem „unzivilisierten Ostjuden“ wurde rasch der „Kriegsgewinnler und Schieber“. Eine Entwicklung, die in einen breiten ideologischen Antisemitismus übergehen sollte.

In diesem politischen Umfeld schuf sich Ludwig Marum mit seinem konsequenten Eintritt für die persönlichen Überzeugungen und Ideale im Laufe seiner politischen Karriere, die er ab 1924 im Reichstag fortsetzte, eine Reihe von Feinden. So fiel er der zunehmenden antisemitischen Radikalisierung innerhalb der Weimarer Republik zum Opfer und wurde im Zuge der ersten nationalsozialistischen Verhaftungswellen im März 1933 in das badische Konzentrationslager

36 Freidhof, Rudolf: Badische Landtagsprotokolle, 70. Sitzung 17.7.1922, S. 3720.

Kislau deportiert. Ein Jahr später, am 29. März 1934, ermordete man ihn dort, offiziell wurde wegen seiner Popularität gerade auf Seiten der NS-Gegner von einem Selbstmord berichtet. Da diese Behauptung nicht glaubhaft schien, löste der Tod Ludwig Marums eine Protestwelle des liberalen Teils der badischen Bevölkerung aus.<sup>37</sup>

<sup>37</sup> Vgl. Pohl: Ludwig Marum, S. 147–156.